

IV. Pflichten im Spannungsfeld Gemeinschaft - Individuum

Ausdifferenzierung der Pflichten

Was wir heute „Pflicht“ nennen, hat seinen Ursprung in den unterstützenden und fürsorglichen Leistungen unserer frühen Vorfahren, durch die jede und jeder ganz selbstverständlich zum Wohl der Gemeinschaft beigetragen hat, einer Gemeinschaft, ohne die niemand hat überleben können, deren Wohl zugleich das eigene Überleben und das der eigenen Kinder gesichert hat. Das habe ich im letzten Kapitel mit Blick auf die Jäger und Sammler-Gemeinschaften dargestellt, in denen der Homo sapiens sich entwickelt hat, und die weit über neunzig Prozent seiner bisherigen Geschichte geprägt haben.

Aber spätestens mit der Entwicklung der Stadtkulturen (Zivilisationen) etwa ab dem 4. Jahrtausend v. Chr. leben viele Menschen nun nicht mehr in kleinen überschaubaren Gemeinschaften zusammen, sondern zu Tausenden in zunehmend anonymen Gesellschaften, die fast immer strikt hierarchisch gegliedert sind.

Die Pflichten für die Bewohner der frühen Stadtstaaten, Fürstentümer, Königreiche usw. beziehen sich zwar immer noch auf den Zusammenhalt und Erhalt einer „Gemeinschaft“, aber diese ist nun als Staat unter zentraler Herrschaft organisiert, sie ist unpersönlich geworden, man kennt nicht mehr jeden, sie ist sozial geschichtet, komplex arbeitsteilig und nach Ständen und Funktionen organisiert: Bauern, Handwerker, Händler, Soldaten, Priesterinnen und Priester, Künstlerinnen und Künstler, Beamte usw. unterliegen einem je eigenen Pflichtenkodex, der zudem Geschlechts-, Einkommens- und Abstammungs- bzw. Herkunftsunterschiede berücksichtigt. Und alle haben Pflichten gegenüber der jeweiligen Herrschaft und gegenüber den Göttinnen und Göttern, die die jeweilige Herrschaft legitimieren.¹

Zur Aufrechterhaltung des Systems, das auf festen Standesunterschieden basiert, ist es wichtig, dass jede und jeder die eigenen (standes-, berufs- und aufgabenbezogenen) Pflichten kennt und beachtet. Pflichten verbinden sich nun mit Rechtsvorgaben (Gesetzen), das heißt auch mit Strafandrohungen, Sanktionen und ggf. mit Gratifikationen. Die Kontrolle der jeweiligen Pflichterfüllung ist Teil der politischen Machtausübung.

¹ Dabei konnten Rechte und Pflichten durchaus in dem Sinne „austariert sein“, dass auch den Herrschern (z. B. den hellenistischen Königen der Antike oder den Feudalherrschern im europäischen Mittelalter) durchaus auch gewissen Pflichten (u.a. Schutzpflichten) zukamen, z. B. gegenüber den abhängigen und tributpflichtigen Städten und Gefolgsleuten.

Pflichten sind zwar nach wie vor Aufgaben zum Wohl des Gemeinwesens bzw. des Staates, aber die belastenden, arbeitsintensiven Pflichten sind sozial extrem unterschiedlich verteilt, und die Gemeinschaft (der Staat!) und sein Wohl personifizieren sich nun in der jeweiligen Herrschaft bzw. herrschenden Elite.

Insbesondere für die unteren sozialen Schichten verschwimmt der Unterschied zwischen Pflicht und Zwang immer mehr. Die Pflichten (z. B. Abgabe- und Fronpflichten sowie „Residenzpflicht“ der hörigen Bauern, Pflichten der Zunftordnungen im Handwerk, Stapelpflicht für Händler, militärische Dienstplichten, allgemeine Gehorsams-, Anrede- und Kleidungspflichten usw.) verlieren ihre Gemeinwohlorientierung und damit ihre Unschuld, sie werden vorrangig zu einem Instrument zur Sicherung von Macht, Reichtum und Statusprivilegien.

Für die große Mehrheit der Bevölkerung gehen restriktive Pflichten Hand in Hand mit einer starken Einschränkung der persönlichen Rechte. Soziale Pflichten sind nun Ausdruck der Unterwerfung - nicht unter die überlieferten Gebote einer egalitären Gemeinschaft, sondern unter die elitären Ansprüche und Forderungen der Mächtigen. Und sie sind verknüpft mit religiösen Pflichten und damit moralisch aufgeladen als Ausdruck einer gottgewollten Ordnung.²

Dieser kurze und stark vereinfachte historische Abriss zum Bedeutungs- und Funktionswandel der Pflicht soll lediglich die Folie sein, um neuere Entwicklungen und Veränderungen zu verdeutlichen.

Die Rechte des Individuums: Ein Perspektivenwechsel

Die Philosophin Onora O’Neill skizziert in dem eingangs erwähnten ZEIT-Artikel einen radikalen Wandel in der philosophischen und politischen Debatte um Rechte und Pflichten des Einzelnen. Sie stellt dabei - zumindest bezogen auf Europa oder den Westen - eine völlige Umkehr der Perspektive seit Beginn des 20. Jahrhunderts fest.

„Seit der Antike - von Cicero über den christlichen Katechismus bis zu Immanuel Kant und Wordsworths Ode an die Pflicht von 1805 - hat die europäische Diskussion über Gerechtigkeit und Ethik ja vor allem gefragt, was wir tun sollen und was wir anderen schulden. Sie hat damit den Fokus auf die Pflichten von Handelnden gelegt.“

² Das ist sicher etwas pauschal formuliert, soll aber den Unterschied zu den prähistorischen Zeiten markieren. Die religiösen Pflichten schließen i. d. R. Gehorsam gegenüber der Obrigkeit ein; andere Pflichten wie Fasten, Pilgerfahrten, Opfergaben, Teilnahme an religiös-kultischen Feiern und Ritualen, Barmherzigkeit zeigen, den biblischen Geboten Folge leisten usw. blende ich hier aus. Sie sollen dem persönlichen Seelenheil dienen und werden in der Regel freiwillig wahrgenommen und mehr oder weniger ernsthaft und konsequent umgesetzt.

Seit dem frühen 20. Jahrhundert aber haben sich die Fragen der Ethik aber mehr und mehr auf den Empfänger verengt, der wissen will, worauf er ein Recht hat und was er bekommen sollte. Der bleibende Ausdruck dieser historischen Perspektivenumkehr vom handelnden Gebenden zum fordernden Nehmenden sind die Deklarationen der Menschenrechte.“³

Nicht die Pflichten, sondern die Rechte des Einzelnen geraten im 20. Jahrhundert in den Fokus. Onora O’Neill fragt sich, wie sich diese Umkehr der Perspektive erklären lässt. Sie verweist auf den „*individuellen Subjektivismus*“, der seit Beginn des 20. Jahrhunderts gesellschaftlich erstarkt sei. Das Gute werde nun zunehmend nicht mehr „*in moralischen Pflichten, sondern in den persönlichen Erfahrungen der Schönheit und der Freundschaft, der Lust und des Wissens*“ gesucht und erkannt. Das Individuum würde sich in seiner Suche nach Sinn und Erfüllung im Leben von traditionellen Pflichten lösen. Aber erst der Erste Weltkrieg, „*jener Kollaps der Zivilisation*“, hätte mit seinen „*Gewaltexzessen im Namen patriotischer Pflicht*“ dafür gesorgt, „*dass die persönlichen Werte und Präferenzen dieser pervertierten Pflicht wirklich den Rang abliefen.*“

In der Philosophie habe sich zunächst eine Abkehr von jeglicher allgemein verbindlicher Ethik entwickelt. Auf die Begründung zeitloser moralischer Werte sei verzichtet worden, geblieben sei eine „*beliebige Haltung bloß persönlicher Vorlieben*“. Doch der noch größere Schrecken des Zweiten Weltkriegs und des Holocaust habe dann deutlich werden lassen, „*dass es ohne allgemein gültige moralische Standards keine Gegenwehr gegen Menschheitsverbrechen gibt. Diese Standards, jenseits persönlicher Werthaltungen, wurden in den Erklärungen der Menschenrechte benannt.*“ Mit ihnen sei versucht worden, eine neue universelle Moral zu begründen, in deren Mittelpunkt die Würde des Individuums steht.

Und nun gewinnen für O’Neill die Pflichten wieder an Bedeutung. Menschenrechte (z. B. das Recht auf körperliche Unversehrtheit, auf Schutz vor willkürlicher Inhaftierung und Folter, das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit usw.) müssten garantiert und eingehalten, die Nichteinhaltung entsprechend sanktioniert werden. Und die Rechte müssten für alle gelten. Jede und jeder habe die Pflicht, diese Rechte zu respektieren. Der Staat wiederum habe die Pflicht, über die Rechtsordnung die Einhaltung

³ Die Menschenrechte haben allerdings eine längerer Vorgeschichte, die zumindest bis ins 18. Jahrhundert zurückreicht. Die Wurzeln des westlichen Individualismus (Subjektivismus) reichen noch weiter zurück.

der Menschenrechte sicher zustellen und die individuellen Freiheitsräume und -rechte der Menschen so weit wie möglich zu garantieren.⁴

Diesen Perspektivenwechsel meint Onora O’Neill: Pflichten betrafen früher vor allem die Untertanen und Bürger. Heute stehen die Rechte jedes einzelnen Menschen im Zentrum, auch die der Frauen, der Kinder, der Homosexuellen, der Behinderten usw. Heute muss (bzw. sollte) in allen demokratischen Staaten jede Einschränkung von Freiheitsrechten begründet werden und zustimmungsfähig sein. Jede Bürgerin und jeder Bürger kann die Freiheitsrechte bzw. die Aufhebung von Beschränkungen im Rahmen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit einfordern oder auf dem Rechtswege einklagen, zumindest „theoretisch“.

Die neue Pflichtenethik

Aber nicht nur die Einforderung und Umsetzung von individuellen Rechten wirft die Frage nach Pflicht und Verantwortung neu auf, diese Frage prägt auch die Debatten der letzten Jahre zu globalen Krisenentwicklungen (Verschärfung sozialer und globaler Ungleichheiten, Flucht und Migration, Umwelt- und Klimakrise, Covid 19-Pandemie).

Der Soziologie Andreas Reckwitz⁵ erkennt zumindest im sog. Westen den Beginn einer kulturellen Wende hin zu einer „*neuen Pflichtenethik*“. Sie könnte das Ende einer Phase „*schrankenloser Individualisierung*“ einläuten, die in den letzten 50 Jahren alltagskulturell bestimmend gewesen sei.⁶ Er setzt dabei etwas andere Akzente als Onora O’Neill: Nicht nur die Pflichten des Staates, sondern auch die der einzelnen Bürgerinnen und Bürger werden neu thematisiert.

Zunächst hätte sich etwa seit Beginn der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts, so Reckwitz, eine Kultur der persönlichen Freiheit immer mehr durchgesetzt. Die alte, traditionelle Pflichtenethik mit ihrem Leitbild des Gehorsams und der

⁴ Onora O’Neill sieht hier aber ein ungelöstes Problem. Wenn die Menschenrechte moralischer Natur und universell gültig seien, dann werde es schwierig für den einzelne Staat, sie zu garantieren, da dieser ja nicht universell „zuständig“ sei. Begründe man aber die Menschenrechte politisch, da etliche Staaten sich darauf verständigt hätten (UN-Menschenrechtsdeklaration von 1948), dann werde es schwer zu begründen, warum sie denn universell gelten sollten (abgesehen davon, dass die genannte Erklärung nicht rechtsverbindlich ist). Die Einhaltung der Menschenrechte müsste also in der Verfassung aller Staaten verankert sein, ebenso müsste das sog. Weltrechtsprinzip (Zuständigkeit des Staates auch für Völkerstraftaten außerhalb des eigenen Hoheitsgebietes) in die jeweiligen Rechtsordnung möglichst vieler Staaten aufgenommen werden.

⁵ Andreas Reckwitz, „Die Pflicht ruft“, DIE ZEIT, 16.12.2021

⁶ Ich halte es zwar für fragwürdig, ob man historische Phasen, in denen zumindest im Westen bestimmte ethische Werte und Leitbilder dominieren, so klar abgrenzen kann („*schrankenlose Individualisierungseit 50 Jahren....*“), möchte dem Gedankengang des Soziologen Reckwitz aber dennoch weiter folgen, denn er beschreibt m. E. eine plausible Tendenz.

selbstverständlichen Pflichterfüllung in Beruf und Alltag, der sozialen Anpassung an Erwartungen und Konventionen, der unkritischen Erfüllung gesellschaftlicher Normen und der sozialen Konformität, sei in wachsenden Teilen der Bevölkerung im Zuge und in Folge der 68er-Bewegung und ihrer antiautoritären Kritik am bestehenden System in Misskredit geraten.

Reckwitz betont, dass ein gesellschaftlicher Wertewandel eingesetzt habe, eine Transformation von „*Pflicht- und Akzeptanzwerten*“ hin zu so genannten „*Selbstverwirklichungswerten*“. Die Leitbilder kreisten nun um Autonomie und Selbstbestimmung sowie die Suche nach einem „*authentischen Selbst*“ bzw. nach „*Selbstverwirklichung*“. Und diese Suche präsentiere sich insbesondere im Konsum und in Form von Selbstinszenierungen in den neuen sozialen Medien.⁷ Pflichten würden in den Hintergrund geraten oder als lästig und altmodisch gelten: „*Pflichten erschienen (...) als konservative oder sozialistische Restbestände, die sich überholt haben, als nicht begründbare, illegitime Einschränkungen der Rechte oder Interessen des Individuums.*“

Doch seit einigen Jahren ließe sich, so Reckwitz, ein erneuter Wertewandel feststellen. Angesichts aktueller globaler Herausforderungen würden Verantwortung für Mitmenschen und künftige Generationen, eine universale Verpflichtung für die Umwelt bzw. den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und vor allem der Klimaschutz eine wachsende Rolle spielen - getragen nicht mehr von den politisch konservativ oder reaktionär geprägten Bevölkerungsgruppen, sondern von oft jungen, urbanen, progressiven und weltoffen orientierten Kräften (z. B. Fridays-For-Future-Bewegung).

Die neue Pflichtenethik würde sich als progressiv verstehen, sie ziele auf einen gesellschaftlichen Wandel und auf eine nachhaltige Entwicklung, um das Überleben der Menschheit auf dem Planeten zu sichern. Und sie habe Auswirkungen auf Politik, Wirtschaft und Recht.⁸

Reckwitz resümiert: „*...die Argumentation, dass das Individuum sein Handeln davon leiten lassen sollte, was dieses für die Gesellschaft als Ganze bedeutet,*

⁷ Allerdings hat das „*Paradigma der persönlichen Freiheiten*“ nicht nur zu ständigen Selbstinszenierungen in der Medienwelt (z. B. auf Instagram) und in den verschiedenen Konsumwelten (Kleidung, Schminke, Haarstyling, Tanz, Musik usw.) geführt. Die Betonung der Freiheiten und der Rechte des Einzelnen und die Stärkung der Persönlichkeitsrechte hat auch bisher diskriminierten oder ignorierten gesellschaftlichen Teil- oder Randgruppen (Frauen, Zugewanderte, Homosexuelle, People of Color usw.) in ihrem Emanzipationsbestrebungen geholfen.

⁸ „*Sie (die neue Pflichtenethik) ist dabei, das Recht, die Wirtschaft und die Politik zu transformieren: von der neuen Austarierung der Pflichten gegenüber Rechten in der juristischen Argumentation über die Reaktionen der Ökonomie auf die Expansion des moralischen Konsums (grüne Anlageprodukte, CO₂-Ausgleich etcetera) bis hin zu einer Politik, die zugunsten von Gesundheit oder Nachhaltigkeit Zumutungen bereithält.*“

dass man den anderen gegenüber in der Pflicht steht, hat eine Überzeugungskraft erlangt, die sie in den letzten Jahrzehnten nie hatte.“

So werde aktuell die Corona-Impfpflicht nicht etwa vorrangig von der gesellschafts- und systemkritischen Linken abgelehnt, sondern in hohem Maße - wenn auch nicht nur - von eher konservativ bis reaktionär denkenden bzw. von politisch uninteressierten Bevölkerungskreisen.⁹

„Während der Pandemie wurde die Impfung zunächst noch klassisch im Begriff des eigenen Nutzens für die persönliche Gesundheit thematisiert. (...) Der diskursive Wind hat sich dann jedoch rasch gedreht: Die Impfpflicht beruht darauf, dass man sich impfen lässt, um die anderen zu schützen und die Kliniken vor Triage zu bewahren - selbst wenn einem der Selbstschutz egal ist oder man an ihm zweifelt. Dieser Grundgedanke, unter bestimmten Umständen das eigene Interesse dem kollektiven Wohl unterzuordnen, hat in der globalen Klimaschutzbewegung besondere Schubkraft entfaltet.“

Ich verstehe das so: Die alte Pflichtenethik (dominant bis Mitte des 20. Jahrhunderts) war eher autoritätsorientiert und patriotisch, sie war eng gebunden an Gehorsam und Anpassung, orientiert an staatlicher Obrigkeit bzw. familiärer und gesellschaftlicher Autorität, und ihr Verständnis von Verantwortung war eher national oder nationalistisch ausgerichtet: dem Vaterland dienen, seine Pflicht tun, ohne viel nachzudenken.¹⁰

Die neue Pflichtenethik wäre demnach gesellschaftskritisch und reflektiert, wissenschafts- und gemeinsinnorientiert und zugleich universalistisch ausgerichtet: Das Wohl der Mitmenschen, der Umwelt und der künftigen Generationen stehen im Fokus.

Die neuen Pflichten: Kritik und Widerstand

Allerdings verläuft die Entwicklung hin zu einer neuen Pflichtenethik offensichtlich nicht reibungs- und widerspruchlos. Reckwitz sieht „*gesellschaftlichen Sprengstoff*“, denn nicht alle würden diesem Paradigmenwechsel folgen. Er sieht drei Gegenkräfte, die ich hier kurz skizziere:

⁹ Die Gruppe der Nichtgeimpften und der Impfgegner ist allerdings sehr heterogen zusammengesetzt, wie ich noch ausführen werde. Zu den scharfen Kritikern der staatlichen Corona-Maßnahmen zählen auch viele „Normalbürger“ und Intellektuelle wie z. B. der italienische Philosoph Giorgio Agamben.

¹⁰ Allerdings gab es auch in früheren Zeiten eine christlich-religiös fundierte Verantwortungs- und Pflichtethik. Darauf weist mich Lothar Jegensdorf hin. Diese hat seit Jahrzehnten die Friedens-Umwelt- und Eine-Welt-Bewegung bzw. Projekte zur Armutsbekämpfung unterstützt bzw. maßgeblich mit getragen und prägt sicher auch die sog. „neue Pflichtenethik“, auf die A. Reckwitz abhebt.

Erstens die „Libertären“, also jene Menschen, die prinzipiell die Rechte des Individuums höher gewichten als die der Gesellschaft, die staatliche Eingriffe in individuelle Rechte ablehnen oder skeptisch sehen, die also keineswegs der Meinung sind, dass sie „anderen etwas schulden“ oder dass andere irgendwelche Rechte auf sie und ihre Lebensführung hätten.

Politisch finden sich m. E. libertär Denkende in allen Lagern, vielleicht besonders unter den staats skeptischen Liberalen und unter staatskritischen Linken, aber auch unter jenen Intellektuellen, die - in Erinnerung an totalitäre Systeme des 20. Jahrhunderts - die Rechte des Einzelnen durch staatliche Zwangsmaßnahmen (Allgemeine Impfpflicht) gefährdet sehen, selbst wenn diese von der großen Mehrheit der Bevölkerung mitgetragen werden.

Ich meine, einige Argumente der sog. Libertären sollten durchaus ernst genommen werden, denn staatliche Maßnahmen sind durchaus nicht immer sinnvoll und zielführend oder anders formuliert, sie waren und sind oft eher suchend und ausprobierend, zudem oft wenig abgestimmt oder sogar widersprüchlich. Und die Freiheitseinschränkungen in den letzten zwei Corona-Jahren waren und sind gravierend. Dies war allerdings nicht einem geheimen Plan zur Einführung der „Corona-Diktatur“ oder gar der Ausrottung von Teilen der Menschheit geschuldet, wie einige „Verschwörungsschwurbler“ immer noch behaupten, sondern schlicht einer fehlenden Vorbereitung auf eine für uns neuartige Pandemie unter Einbeziehung der medizinhistorischen Erfahrungen mit vergleichbaren Pandemien (Spanische Grippe 1918/1920, SARS-CoV-1 2002/2003) .

Zweitens die „Verweigerer“, also jene Menschen, die sich als abgehängt, randständig, ausgegrenzt und nicht zugehörig erleben, die daher auch wenig Interesse haben, sich in ein „*Verpflichtungs-Wir*“ einzureihen. Das sind vielfach Menschen, die sich längst enttäuscht von Staat und Gesellschaft abgewendet haben, sich ohnehin jeder politischen Teilnahme verweigern (z. B. als notorische Nichtwähler) und wenig Interesse zeigen, sich „von denen da oben“ in die Pflicht nehmen zu lassen.¹¹

Drittens die „Singulären“ (Reckwitz spricht eigentlich von der „*Gesellschaft der Singularitäten*“), also jene Menschen, die fast nur noch in ihren eigenen,

¹¹ In anderen soziologischen Studien wird von einer großen Bevölkerungsgruppe gesprochen, die sich mehr oder weniger aus allem heraushalten und auch an Umfragen selten teilnehmen, Diese für Politik und Forschung „**Unsichtbaren**“, immerhin bis zu 30 % der Bevölkerung („*das unsichtbare Drittel*“). gelten als „bildungsfern“, sprechen oft schlecht Deutsch, kümmern sich wenig um die eigene Gesundheit und sind schlecht informiert. „*Menschen aus dieser Gruppe gehen auch sonst selten zum Arzt und landen erst im Krankenhaus, wenn sie kaum noch Luft bekommen.*“

Es geht demnach bei den **Ungeimpften** „*mehrheitlich um Menschen mit wenig Geld, wenig Bildung und schlechtem Zugang zum Gesundheitswesen.*“ Diese Gruppe beteiligt sich in der Regel auch nicht den lautstarken Demonstrationen gegen Coronamaßnahmen.

Vgl. Katharina Menne, Ulrich Schnabel, „*Streiten wir über die Falschen?*“, ZEIT 16.12.2021

medial vernetzten Kreisen (oder Blasen) leben, die also schon deshalb keine Verpflichtungen über den Kreis der Gleichgesinnten hinaus empfinden. Reckwitz sieht in dieser Gruppe oder Entwicklung die „*stärkste Wirkkraft gegen die Pflichtenethik*“.

Mit Blick auf die Corona-Impfkampagne halte ich allerdings die von A. Reckwitz zuvor genannten Gruppen der „Libertären“ und der „Verweigerer“ für wichtiger.¹² Auch nach Einschätzung vieler Praktiker vor Ort (Ärztinnen, Impfstrategen u.a.) gehört der weitaus größten Anteil der Ungeimpften, das sind derzeit etwa 20 bis 25 Prozent der über 18-Jährigen in Deutschland, zu den von Reckwitz als „Verweigerer“ Bezeichneten. Es sind also vor allem die ohnehin enttäuschten und sich abgehängt fühlenden oder die bisher schlecht informierten Menschen, die das Gros der Nichtgeimpften bilden: Menschen, die *„eine große Distanz zum politischen System und ihren Mitmenschen empfinden, häufig enttäuscht und einsam sind und sich weder von politischen Parteien noch anderen Bewegungen angesprochen fühlen.“*¹³

Immer häufiger melden sich auch medizinisch Besorgte zu Wort, die Neben- und Spätfolgen einer Impfung befürchten oder den neuen m-RNA-Impfstoffen misstrauen. Darunter sind auch Menschen, die seit langem im Gesundheits- und Pflegebereich arbeiten.¹⁴ Zu den Impfverweigerern gehören auch jene, die sich für ungefährdet erachten, da sie völlig gesund leben würden und ihre Widerstandskraft gegen Infektionen stark genug sei, oder da sie fest auf göttliche Hilfe vertrauen würden. Das sind z. B. anthroposophisch oder esoterisch argumentierende bzw. streng religiöse Menschen. Viele von ihnen sind durchaus bereit, zum Schutz vulnerabler Mitmenschen beizutragen, aber eben ohne eigene Impfung.

Die lautstark demonstrierenden Impfgegner sind also ein sehr heterogenes „Völkchen“, unter das sich leider auch immer mehr Rechtsradikale mischen, die den Staat und seine demokratischen Institutionen ablehnen und bekämpfen,

¹² Zu Letzteren gehören u.a. einkommensschwache und sog. bildungsferne bzw. sozial randständige Gruppen, darunter zum Beispiel viele langjährig Arbeitslose, Empfänger von Mini-Renten oder Sozialleistungen, alleinstehende und vereinsamte alte Menschen, Zugewanderte mit Sprachbarrieren, Angehörige von Minderheiten (Schwarze, Sinti und Roma), Analphabeten usw., die durch die offizielle staatliche Ansprache schwer oder gar nicht erreichbar sind.

¹³ Vgl. Katharina Menne, Ulrich Schnabel, „*Streiten wir über die Falschen?*“, ZEIT 16.12.2021

¹⁴ Einige Ungeimpfte haben grundsätzlich Angst vor medizinischen (künstlichen) Eingriffen in die Körperfunktionen oder befürchten genetische Manipulationen. Falsche oder fehlerhafte Berichte in bestimmten sozialen Medien über angeblich dramatische Nebenwirkungen und ungewisse Spätfolgen werden verbreitet und genutzt, um die Impfverweigerung zu begründen. Dennoch, solche Ängste und Befürchtungen sind zunächst einmal ernst zu nehmen.

zudem etliche Verschörungsschwurbler ¹⁵, die die verrücktesten Erzählungen über finstere Machenschaften verbreiten und sich als Aufklärer und Propheten inszenieren.

Pflichten oder Regeln

Die Gruppe derjenigen, die sich bisher nicht haben impfen lassen oder die mehr oder weniger strikt eine Impfung verweigern, handelt also aus sehr unterschiedlichen Beweggründen und Motivlagen. Etliche, zum Beispiel die strikten Impfgegner aus dem Lager der Anthroposophen und Esoteriker, rechtsradikale Systemfeinde oder die Verschörungsschwurbler wird man durch Aufklärung und Appelle nicht erreichen können, vermutlich auch nicht die meisten der aus medizinischen Gründen Skeptischen.

Bei anderen könnten neue, angepasste Formen der Kontaktaufnahme hilfreich sein. Menschen, die durch Sprachbarrieren (z. B. Zugewanderte, Flüchtlinge) oder durch ein Leben in quasi abgeschotteten Gemeinschaften oder Quartieren bisher wenig ansprechbar waren, können über Einbindung von Vertrauenspersonen (z. B. Quartiermanager, Kita-Erzieherinnen, Verbands- oder Gemeindevertreter) durchaus erreicht werden.¹⁶

Erstaunlich ist, dass offenbar die Gruppe der Impfskeptiker und Impfverweigerer im internationalen Vergleich in Deutschland besonders groß ist (in Dänemark sind z. B. rund 97 Prozent der über Sechzigjährigen geimpft, in Deutschland erst 88 Prozent). Inwieweit das auch mit der deutschen Geschichte zusammenhängen könnte, wäre ein interessante Frage. Die auffällige Impf-Zurückhaltung gerade in den neuen Bundesländern, immerhin gab es zu DDR-Zeiten etliche Impfpflichten bzw. Impfwänge, wird von einigen Autoren damit erklärt, dass in den neuen Bundesländern der typisch westliche Körper- und Gesundheitskult noch nicht so verbreitet sei. Man würde in bestimmten Milieus generell nachlässiger und desinteressierter auf Gesundheitsfragen und mögliche Risiken reagieren. Das mag sein, aber vielleicht leben dort einfach mehr politikverdrossene und staats skeptische Menschen.¹⁷

¹⁵ Auf diese Menschen, die mehr oder weniger verquaste Verschörungserzählungen glauben und verbreiten, gehe ich hier nicht weiter ein. Ein ganz aktueller Bericht in der FR über einen „Aussteiger“ aus der Szene ist hier zu lesen: <https://www.fr.de/politik/verschwoerungstheorien-mythen-alu-huete-aussteiger-gegen-mittel-91360678.html>

¹⁶ Im Bundesland Bremen ist es offenbar gelungen, besondere vertrauensbildende Maßnahmen zu entwickeln, um diese Menschen abzusprechen und zu überzeugen. Vgl. <https://www.n-tv.de/panorama/Wieder-was-gelernt-Podcast-Warum-Bremen-besser-impft-als-alle-anderen-article23105764.html>

¹⁷ Es scheint jedenfalls einen Zusammenhang zwischen Impfverweigerung und politischer AfD-Sympathie bzw. allgemeiner Protesthaltung gegen „das System“ zu geben.

Generell gilt: Das Risiko bzw. Gefährdungspotenzial einer öffentlich ja kaum sichtbaren „Seuche“ wird von etlichen Menschen einfach nicht ernst genommen; schließlich liegen ja auch nicht - wie es z. B. von früheren Pest- und Cholera- Epidemien überliefert wird - überall schwerkranke, sterbende oder tote Menschen auf den Straßen oder in den Häusern. Das Leiden und Sterben wird heutzutage in öffentlich nicht einsehbare Räume verlagert. Der Mangel an „direkter Anschauung“ und unmittelbarer Erfahrung eröffnet weite Räume für Fehlinformationen in den sog. sozialen Medien (fake news). Nicht wenige leugnen oder bagatellisieren die Pandemie und bestätigen sich darin gegenseitig durch einseitige, oft dubiose Informationsquellen. Natürlich werden dann die staatlichen Corona-Maßnahmen als völlig übertriebene, sinnlose Einschränkungen persönlicher Freiheiten erlebt, letztlich als reine Schikanen.

Andererseits: Rund 75 Prozent der Erwachsenen in Deutschland waren und sind offensichtlich bereit sich impfen zu lassen, vermutlich auch weiterhin; vielleicht sind noch leichte Steigerungen der Impfquote zu erreichen. Und der Rest, das „unvernünftige Viertel“?¹⁸

Für die sog. Herdenimmunität¹⁹, die auch Nicht-Geimpfte schützen würde, muss wohl eine Impf- und Genesenen-Quote von 80 bis 85 Prozent (ggf. sogar 90 Prozent) der Bevölkerung erreicht werden. Davon sind wir noch weit entfernt, und diese Quote dürfte mit bisherigen Informations- und Überzeugungsstrategien auch nicht erreicht werden. Also doch Impfpflicht?

Eine Impfpflicht (einrichtungsbezogen oder allgemein) wird in diesen Tagen (Februar 2022) diskutiert, Gesetzesinitiativen werden vorbereitet. Ich erinnere daher noch einmal an den problematischen und zugleich emphatischen, moralisch aufgeladenen Begriff „Pflicht“.

Eine Pflicht beruht zum einen auf Einsicht in das Sinnvolle und Notwendige (vgl. Teil I und II). Diese Einsicht liegt aber derzeit bei rund einem Viertel der

¹⁸ Thomas E. Schmidt, „Das unvernünftige Viertel“, DIE ZEIT 16.12.2001

Impfquoten (Stand 11.2.22 nach RKI):

Deutschland: 74,8% 2 x, 55,2% 3 x; Bremen: 87,6% 2x, 61,6% 3 x; Dänemark: 81,5% 2 x geimpft

¹⁹ Eine **Herdenimmunität** liegt vor, wenn so viele Menschen geimpft oder genesen sind, dass bei einzelnen weiteren Infektionen die Infektionskette rasch wieder abbricht, es also nicht zu Masseninfektionen mehr kommt. Auch Nicht-Geimpfte sind dann besser geschützt. Bei Masern greift der sog. Herdenschutz erst bei einer Durchimpfungsrate von 95%, bei Diphtherie reichen 80%, bei SARS-CoV-2 ging man erst von 60 - 70%, später von 80 - 85%, nun teilweise sogar von 90% aus.

Die Ausrottung von Infektionskrankheiten durch Impfungen gelang bisher zweimal: Die Pocken wurden bis 1980 ausgerottet (sogar weltweit), die Kinderlähmung (Polio) verschwand in Europa bis 2002 durch die Schluckimpfungskampagnen. Die 2020 in Deutschland eingeführte Masern-Impfpflicht zielt ebenfalls auf die Ausrottung dieser Krankheit. Ob sich auch SARS-CoV-2 durch Impfungen ausrotten lässt, wird heute kontrovers diskutiert, u.a. weil unklar ist, wie lange der Impfschutz anhält und die Zahl der Ungeimpften weltweit (insbesondere im Globalen Süden) noch viel zu hoch ist, was auf eklatante Versäumnisse der reichen Länder verweist.

erwachsenen Bevölkerung in Deutschland nicht vor. Sie gelten als die „Unvernünftigen“. Für sie würde die Pflicht zum Zwang. Dabei sind nicht alle ihre Argumente falsch oder „spinnert“, etwa wenn sie sagen, die immer wieder zitierte drohende Überlastung des Gesundheitssystems ließe sich doch auch durch eine verbesserte Ausstattung und Finanzierung abfedern, oder bei etlichen Maßnahmen der Kontakteinschränkung seien die Nebenfolgen gravierender als der medizinische Nutzen²⁰ und über mögliche Langzeitfolgen der neuen m-RNA- Impfstoffe wisse man bisher nichts. Zudem ist und bleibt eine Impfung ein nicht unerheblicher Eingriff in den Körper und würde als Pflicht- oder Zwangsmaßnahme das Recht auf körperliche Unversehrtheit verletzen - wenn auch zugunsten des Schutzes besonders vulnerabler Gruppen.

Die Pflicht beruht zum zweiten auf Gemeinsinn, also auf einem Gefühl der Zugehörigkeit und Zusammengehörigkeit, der Verantwortung auch für die Mitmenschen. Aber viele der 25 Prozent Ungeimpften haben gerade dieses Gefühl, Teil einer Gemeinschaft zu sein, nicht bzw. nicht mehr. Darunter sind nicht nur erklärte Staats- und Demokratiefeinde. Dass sich ein Viertel, vielleicht sogar ein Drittel der Bevölkerung („die Unsichtbaren“) dieser Gesellschaft irgendwie nicht zugehörig fühlt, ist allerdings ein gravierendes Problem, das weit über die Frage der Impfpflicht hinausreicht.²¹

So oder so wäre es sinnvoll, die Impfpflichtdebatte nicht weiter zu moralisieren, vielleicht sollte auf den „Pflicht-Duktus“ ganz verzichtet werden. Das regt auch Andreas Reckwitz an: *„Denn wer auf Pflichten setzt, setzt auf Moral - was nur zu leicht jene auf die Barrikaden bringt, die dann als unmoralisch dastehen. Zumal unter spätmodernen Bedingungen wirkt der öffentliche Rückgriff auf Moral nicht integrierend, sondern potenziert Antagonismen.“*

Reckwitz schlägt vor, dass die Politik allgemeine Regeln vorgeben sollte, ohne dies mit dem moralischen Unterton der „Pflicht“ zu verbinden, er nennt Miet- und Steuerrecht als Beispiele, die Straßenverkehrsordnung wäre m. E. als Modell noch prägnanter. Verstöße gegen die Regeln werden durch Bußgelder sanktioniert.

Allerdings klingt das nach einer bloßen Sprachreglung: gesetzliche Regel statt Pflicht. Letztlich beschreiben auch Gesetze Pflichten, z. B. die Steuerpflicht oder die Pflicht, sich an die Regeln der Straßenverkehrsordnung zu halten. Aber der Verzicht auf Moralisation („unvernünftig“, „verantwortungslos“, „egoistisch“) wäre zumindest dort hilfreich, wo von Impfskeptikern

²⁰ Ich denke an die vielen vereinsamt in Senioren- und Pflegeheimen Verstorbenen, denen zu Beginn der Pandemie wochenlang jeglicher Kontakt mit Angehörigen verboten wurde.

²¹ Vgl. Katharina Menne, Ulrich Schnabel, *„Streiten wir über die Falschen?“*, ZEIT 16.12.2021
Jens Reißmann

diskutierbare Argumente vorgetragen und alternative Schutzmaßnahmen vorgeschlagen werden.

Auf jeden Fall sind klare staatliche Vorgaben für bestimmte soziale Einrichtungen mit einem hohen Anteil besonders gefährdeter (vulnerabler) Menschen (Krankenhäuser, Seniorenheime, Pflegeeinrichtungen etc.) notwendig, nicht nur, um Menschenleben zu schützen, sondern auch um lange, moralisierende Debatten mit persönlichen Vorwürfen, Anfeindungen und Rechtfertigungen zu vermeiden.²²

Die Pandemie, aktuell (Februar 2022) bezüglich der Neuansteckungen bzw. 7-Tage-Inzidenz noch auf einem Höhepunkt, scheint an Gefährlichkeit zu verlieren (eher sinkende Quote der Infizierten, die im Krankenhaus oder gar auf Intensivstationen behandelt werden müssen). Wir müssen aber mit neuen SARS-CoV-2-Varianten und vor allem mit weiteren gefährlichen Viren und neuen Pandemien rechnen. Eine gesetzliche Vorsorge, die im Notfall (WHO-Alarm²³) schnelle Maßnahme ermöglicht, ist daher sinnvoll, ja notwendig.

Schauen wir noch einmal auf das Verhältnismäßigkeitsprinzip²⁴ (vgl. Teil II des Essays): Sicher, die Impfpflicht bezogen auf das Coronavirus SARS-CoV-2 verfolgt „legitime Zwecke“, sie will Leben schützen, sie ist als Mittel zum Zweck „geeignet“, denn wissenschaftlich nachweisbar schützt das Impfen vor schweren Krankheitsverläufen. Ob eine Impfpflicht aber auch „erforderlich“ ist, also keine besseren oder „milderen“ Mittel zur Verfügung stehen, und ob sie auch nach Abwägung aller Vor- und Nachteile „angemessen“ bzw. „verhältnismäßig“ im engeren Sinn ist, wäre noch einmal zu prüfen.

Ist eine allgemeine Impfpflicht der einzige Weg aus der Pandemie oder gäbe es auch alternative Strategien, ergänzend zu der ja offenbar vorhandenen Bereitschaft von rund drei Viertel der erwachsenen Bevölkerung, sich ggf. auch mehrmals impfen zu lassen? Und welche medizinischen, psychischen, sozialen, ökonomischen und politischen Folge- oder Nebeneffekte wären mit einer Impfpflicht bzw. einer Alternativstrategie verbunden? Das zumindest wäre sorgfältig zu prüfen und abzuwägen.

Ich komme derzeit - wie etliche andere (s.u.) auch - zu dem Schluss, dass eine „allgemeine Impfpflicht“ angesichts der insgesamt doch relativ hohen Impfbereitschaft aus politischen Gründen eher kontraproduktiv wäre; ob sie

²² Ein bereits praktiziertes Beispiel für so eine Vorgabe wäre: Wer dort (z. B. im Pflegebereich) arbeitet oder zu Besuch kommt, muss geimpft sein oder einen tagesaktuellen negativen Test vorweisen und eine FFP2-Maske tragen. Das würde eine einrichtungsbezogene Impfpflicht überflüssig machen, die aber andererseits das praktikablere und sicherere Verfahren wäre.

²³ Gemeint ist, dass die Weltgesundheitsorganisation WHO offiziell den Ausbruch einer Pandemie erklärt. In der Regel bleibt dann noch Zeit für vorkehrende Schutzmaßnahmen.

²⁴ [https://de.wikipedia.org/wiki/Verhältnismäßigkeitsprinzip_\(Deutschland\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Verhältnismäßigkeitsprinzip_(Deutschland))

epidemiologisch unbedingt notwendig ist, kann ich als Laie nicht hinreichend beurteilen. Regeln für bestimmte Institutionen und indirekte Impfanreize (z. B. bezogen auf den Besuch von Veranstaltungen und die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel) könnten reichen. Sich impfen lassen, würde dann das Leben erleichtern bzw. die Freiräume auch in Pandemiezeiten erweitern; Impfverweigerung wäre möglich, aber mit einigen Einschränkungen oder zusätzlichem Aufwand (regelmäßige Testnachweise) verbunden.

Der Journalist Thomas E. Schmidt resümiert: *„Die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht ist rational als Mittel der Pandemiebekämpfung, aber politisch nicht klug im Sinne einer allseits bejahten rechtsstaatlichen Demokratie. Die funktioniert nur unter der allgemeinen Bereitschaft, Gesetze generell anzuerkennen und ihnen zu folgen. Anordnen lässt sich diese Bereitschaft im Krisenfall nicht.“*²⁵

Er sieht die Gefahr einer schweren Schädigung der Demokratie und ihrer Institutionen durch eine sich zunehmend radikalierende Szene der Impfverweigerer. Es sollte aber alles vermieden werden, was die Radikalisierung anheizt und die Impfgegner immer weiter in die Arme von rechtsradikalen Staats- und Demokratiefeinden treibt. Die aktuellen Entwicklungen in Kanada, wo wütende Trucker (LKW-Fahrer) mit Unterstützung faschistischer Gruppen die Stadt Ottawa lahmlegen, um zunächst gegen Impf- und Quarantäneauflagen für rückkehrende Trucker aus den USA und später gegen die gesamte „Coronapolitik“ der kanadischen Regierung zu protestieren, sind ein Alarmzeichen. Ziel staatlichen Handelns sollte sein: Kein Zurückweichen vor Gewalt und Gesetzesbruch, aber auch kein zusätzliches Öl in das Feuer gießen.

Also keine „Impfpflicht“, wohl aber ein Regelwerk, das für Ungeimpfte, jene 20 bis 25 Prozent, die sich einfach nichts „Fremdes“ in ihren Körper spritzen lassen wollen, alternative Wege vorsieht, die eigene Gesundheit und die der Mitmenschen zu schützen. Interessant wäre, was denn die Impfgegner selbst sagen, sofern sie nicht zu der Gruppe von „Spinnern“ oder Rechtsradikalen gehören, die die Pandemie einfach leugnen oder als kleine Erkältung verharmlosen; welche Maßnahmen würde sie empfehlen? Wer sich nicht impfen lassen will, muss doch zumindest angeben, wie er oder sie heute und auch künftig im Fall einer neuen Pandemie zum Gesundheitsschutz beitragen will. Wer sich dann bewusst verantwortungslos verhält, muss (ggf. hart) bestraft werden, genau wie jemand, der mit 80 km/h durch die Fußgängerzone „brettert“. Für die anderen ließe sich ein vernünftiges und akzeptables Regelwerk aufstellen - ganz ohne Impfpflicht. Die wird aber wohl dennoch in Kürze beschlossen werden.....

²⁵ Thomas E. Schmidt, „Das unvernünftige Viertel“, DIE ZEIT, 16.12.2021